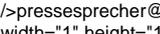




Deutsche Bank durch Euro-Rettungspolitik gemästet

Deutsche Bank durch Euro-Rettungspolitik gemästet
"Bundeskanzlerin Angela Merkel und EZB-Chef Mario Draghi sorgen dafür, dass die Profite der Deutschen Bank im Investmentbanking sprudeln und gleichzeitig die Lage in Europa aufgrund der Rezession immer desaströser wird. Die Folgen der sogenannten Euro-Rettungspolitik werden immer unerträglicher", kommentiert Sahra Wagenknecht das Geschäftsergebnis der Deutschen Bank für das dritte Quartal 2012. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:
"Die Gewinne der Deutschen Bank gehören den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gutgeschrieben, denn ohne die Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand seit dem Ausbruch der Finanzkrise wäre auch das größte deutsche Geldinstitut längst pleite. So aber profitieren die Eigentümer und Gläubiger der Deutschen Bank aktuell massiv davon, dass sich seit der Ankündigung der unbegrenzten Anleihekäufe durch Draghi wieder Riesenprofite mit der Staatsverschuldung machen lassen."
DIE LINKE fordert, dass die Deutsche Bank und alle privaten Großbanken vergesellschaftet werden. Zusätzlich muss die gesamte Finanzbranche streng reguliert werden. Die Profitmacherei der Banken mit öffentlichen Schulden muss sofort beendet werden. Dazu ist es nötig, dass die EZB die Staaten in einem festgelegten Rahmen direkt mit günstigen Krediten versorgt."
F.d.R. Christian Posselt
Pressekontakt
Fraktion DIE LINKE, im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +4930/227-52800
Telefax +4930/227-56801
pressesprecher@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de


Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

Die Partei DIE LINKE vereint seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.